



# **Niederschrift**

## **Wirtschaftsausschuss**

19. Wahlperiode - 46. Sitzung

am Mittwoch, dem 10. Juni 2020, 10:00 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vorsitzender

Hartmut Hamerich (CDU)

Andreas Hein (CDU)

Klaus Jensen (CDU)

Lukas Kilian (CDU)

Thomas Hölck (SPD)

Kerstin Metzner (SPD)

Kai Vogel (SPD)

Kay Richert (FDP)

Volker Schnurrbusch (AfD)

Jette Waldinger-Thiering (SSW)

i. V. von Flemming Meyer

### **Weitere Abgeordnete**

Peer Knöfler (CDU)

Regina Poersch (SPD)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>		<b>Seite</b>
<b>1.</b>	<b>a) Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum aktuellen Sachstand und den weiteren geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie in Schleswig-Holstein</b>	<b>4</b>
	<b>b) Schlussfolgerungen der Landesregierung zur aktuellen Tourismussituation in der Corona-Krise</b>	<b>4</b>
	Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD) Umdruck 19/4144	
<b>2.</b>	<b>Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum aktuellen Sachstand zu den Coronahilfen und den Förderprogrammen des Landes</b>	<b>15</b>
<b>3.</b>	<b>Misstände in der Paketbranche beseitigen</b>	<b>16</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1444	
	<b>Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Misständen schützen</b>	<b>16</b>
	Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP Drucksache 19/1481	
<b>4.</b>	<b>Landesweit kostenloses freies WLAN</b>	<b>17</b>
	Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/2041	
<b>5.</b>	<b>Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion</b>	<b>18</b>
	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1931	
<b>6.</b>	<b>Verschiedenes</b>	<b>19</b>

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, eröffnet die Sitzung um 10 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

1. **a) Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum aktuellen Sachstand und den weiteren geplanten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Coronapandemie in Schleswig-Holstein**
- b) Schlussfolgerungen der Landesregierung zur aktuellen Tourismussituation in der Corona-Krise**

Antrag des Abg. Thomas Hölck (SPD)  
[Umdruck 19/4144](#)

Herr Dr. Buchholz, Minister für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus, weist einleitend kurz auf die weiteren Lockerungsmaßnahmen und Veränderungen hin, die in der Coronabekämpfungsverordnung festgelegt worden seien. Diese sei allen bekannt. Für kommenden Montag kündigt er eine Beratung der Verkehrsminister des Bundes und der Länder zum Thema Bus- und Fernreiseverkehr an.

Er stellt weiter fest, nach wie vor sei nicht einzuschätzen, welche Folgen die Coronapandemie für die Wirtschaft insgesamt haben werde. Dass die Auswirkungen gewaltig seien, sei klar. Diese müssten auch global gesehen werden. Denn selbst wenn die einzelnen Bundesländer oder auch die gesamte Bundesrepublik jetzt immer mehr Maßnahmen ergreife und einzelne Kontaktbeschränkungen und sonstige wirtschaftliche Beeinträchtigungen aufhebe, wirke sich das nicht positiv auf die Gesamtwirtschaft aus, solange die Wirtschaftsketten und Absatzmärkte international noch nicht wieder normal liefen.

Minister Dr. Buchholz erklärt, er sei für die in der letzten Woche von der Bundesregierung beschlossenen weiteren Öffnungen dankbar. Diese seien aus seiner Sicht für die Konjunktur zielführend. Das beste Konjunkturprogramm bestehe jedoch darin, weiter als Staat investiv unterwegs zu sein. Von daher richte er auch einen Appell an die Kommunen im Land, ihre Investitionstätigkeit jetzt aufgrund der Coronapandemie nicht einzuschränken, sondern im Gegenteil soweit wie möglich noch auszuweiten und gegebenenfalls auch Investitionen vorzuziehen. Ein besseres Konjunkturpaket könne es nicht geben.

Er plädiert weiter dafür, die Auswirkungen und Rahmenbedingungen der Coronapandemie dazu zu nutzen, die Digitalisierung im Land weiter voranzutreiben. Dazu gehöre auch, das Onlinezugangsgesetz ernst zu nehmen und umzusetzen.

Darüber hinaus spricht er die Nationale Wasserstoffstrategie an und kritisiert, dass darüber zwar seit drei Jahren geredet werde, hierzu aber immer noch kein Gesetzentwurf vorliege.

Minister Dr. Buchholz geht weiter kurz auf die Auswirkungen der Coronapandemie auf den Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein ein. Anders als beispielsweise in den Ländern Baden-Württemberg, Hessen und Rheinland-Pfalz entwickle sich der Arbeitsmarkt in Schleswig-Holstein nicht ganz so schlecht. Das zeige, dass die Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein etwas konjunkturunabhängiger seien. Dennoch seien in der Zeit der Coronapandemie für ein Drittel der Beschäftigten im Land Anträge auf Kurzarbeit eingegangen. Wie viele davon tatsächlich im Endeffekt auch wahrgenommen und umgesetzt würden, müsse man im Nachgang sehen. Daran werde aber auf jeden Fall die Wirkung der ergriffenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie auf das Wirtschaftsleben im Land deutlich. Mit diesen Auswirkungen müsse man sich nicht nur die nächsten Monate, sondern wahrscheinlich noch die nächsten Jahre beschäftigen.

Abg. Hölck nimmt Bezug auf Pressemitteilungen, wonach in diesem Jahr circa 20 % weniger Ausbildungsverträge abgeschlossen worden seien als noch vor einem Jahr, und fragt, welche zusätzlichen Initiativen des Landes es neben der Vereinbarung, die jetzt auf Bundesebene getroffen worden sei, gebe, um diese Situation zu verbessern. - Minister Dr. Buchholz erklärt, ihm liege es sehr am Herzen, dass im Land so viel wie möglich weiter ausgebildet werde. Gemeinsam mit den Sozialpartnern, den Gewerkschaften und den Arbeitgeberverbänden, habe es deshalb im Steuerungskreis die Vereinbarung gegeben, am 24. Juni 2020 mit einem Appell in die Öffentlichkeit zu gehen, mit dem alle Arbeitgeber aufgefordert werden, ihre Verpflichtung zur Ausbildung auch ernst zu nehmen und ihr Engagement fortzusetzen. Ein Problem in diesem Zusammenhang sei die fehlende Möglichkeit, auch Auszubildende in Kurzarbeit schicken zu können. Vor dem Hintergrund der derzeitigen Situation, in dieser besonderen Lage, müsse man aus seiner Sicht deshalb über eine Sonderregelung für die Phase der Pandemie nachdenken.

Im Übrigen habe es gestern ein Gespräch mit Vertretern der Gewerkschaften und der Arbeitgeberverbände sowie der Industrie- und Handelskammer gegeben, bei dem einhellige Auffassung gewesen sei, dass die Ausbildungsprämien, die jetzt auf Bundesebene beschlossen worden seien, großzügig seien und durchaus ein Anreiz für das eine oder andere Unternehmen oder den einen oder anderen Betrieb bieten könnten. Parallel dazu habe die Landesregierung eine Förderrichtlinie aufgelegt, mit der sichergestellt werden solle, dass Auszubildende, deren Betrieb in eine Insolvenz gehe, ihre Ausbildung dennoch fortsetzen könnten. Aus seiner Sicht seien aber vor allem Appelle an die Ausbildungsbetriebe hilfreicher als das Auflegen weiterer Förderfonds. Er sei guten Mutes, dass man in den nächsten Monaten die Zahl der Ausbildungsverträge noch steigern könne. Traditionell laufe so etwas zu Beginn des Sommers auch eher schleppend an und steigere sich dann noch.

Im Zusammenhang mit einer Anmerkung von Abg. Hölck bestätigt Minister Dr. Buchholz, dass die wirtschaftliche Entwicklung in den Branchen durch die Coronapandemie sehr unterschiedlich stark eingebrochen sei. Es gebe auch Branchen, denen gehe es nach wie vor gut, beispielsweise der Baubranche. Andere Bereiche, beispielsweise die Veranstaltungswirtschaft oder auch die Reisebranche, erlebten nach wie vor eine sehr, sehr schwierige Situation. Erst im Herbst werde man richtig absehen können, welche Auswirkungen die Pandemie auf die einzelnen Wirtschaftszweige gehabt habe. Es gelte deshalb für das Wirtschaftsministerium, flexible zu bleiben, um auch schnell auf Entwicklungen reagieren und Unterstützungsmaßnahmen einleiten zu können.

Die Frage von Abg. Metzner, ob auch die Landesregierung Investitionen vorziehen werde, beantwortet Minister Dr. Buchholz dahin, die Arbeit in den Ministerien sei auch während des Lockdowns, als alle im Homeoffice waren, unverändert weitergegangen. Planerisch sei man gut weiter vorangekommen. Er habe bewusst auch öffentlich in den letzten Wochen immer wieder neue Straßen freigegeben, um zu zeigen, das Leben und auch die Investitionen des Landes gingen weiter. Man könne derzeit davon ausgehen, dass alle Mittelabflüsse, die für dieses Jahr avisiert worden seien, realisiert werden könnten. Über die Maßnahmen, die auf Bundesebene im Konjunkturpaket enthalten seien, werde die Landesregierung erst noch beraten müssen. Beispielsweise werde man noch genau überlegen müssen, wie die Gewerbesteuerentlastung, an der laut Beschluss der Bundesregierung auch zu 50 % das Land beteiligt sei, im Einzelnen umgesetzt werden könne. Das Land werde außerdem alles dafür tun, um das Vergaberecht zu lockern und vereinfacher und digitaler zu gestalten. Er appelliere noch einmal an die Kommunen, bei Investitionen jetzt gerade nicht auf die Bremse zu treten. Fatal

wäre es, wenn vor dem Hintergrund der Pandemie von den Kommunen jetzt erst einmal abgewartet würde, wie sich der Haushalt entwickle, bevor man weitere Investitionen tätige.

Auf die Nachfrage von Abg. Knöfler, ob Minister Dr. Buchholz die Zahlen, die Herr Hölck genannt habe, einen Einbruch bei den abgeschlossenen Ausbildungsverträgen um fast ein Viertel, bestätigen könne, erklärt Minister Dr. Buchholz, er habe selbst keinerlei Zahlen genannt, diese könne man auch seriös erst zu einem späteren Zeitpunkt schätzen. Die Entwicklung im Land, auch bei den Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft, sei sehr unterschiedlich. In der gegenwärtigen Phase könne man nur versuchen, alle Förderinstrumente zu nutzen, um Ausbildungsbetriebe zu stärken und an alle zu appellieren, das Ausbildungsthema ernst zu nehmen. - Abg. Hölck weist darauf hin, dass die von ihm genannte Zahl am Montag in der Presse veröffentlicht worden sei. Aber auch er gehe davon aus, dass sich die Zahl im Laufe der nächsten Monate noch positiver entwickeln werde.

Abg. Hölck bestätigt, dass auch er mitbekomme, dass insbesondere auf kommunaler Ebene viele Investitionen zurückgehalten würden. Dies liege aber daran, dass die Verwaltungen einfach in der Coronazeit nicht ihre volle Leistung hätten erbringen können. Deshalb müsse man schauen, dass die öffentliche Verwaltung wieder so ans Arbeiten komme, dass dort schnell alles abgearbeitet werden könne. In diesem Zusammenhang spricht er ein Lob an die Förderbanken des Landes aus, die in der Coronapandemiezeit bei der Abarbeitung von Förderanträgen Großes geleistet hätten. Im Vergleich zu anderen Bundesländern sei Schleswig-Holstein hier sehr gut aufgestellt gewesen.

Zur Frage von Abg. Hölck, ob die Landesregierung die Coronasoforthilfe für Schausteller noch einmal verlängern werde oder jetzt erst abwarten wolle, was auf Bundesebene passiere, erklärt Minister Dr. Buchholz, dass der vom Landtag verabschiedete Antrag dazu vorsehe, dass die Landeshilfe subsidiär greife, wenn es keine Bundesmaßnahme geben sollte. Die jetzt vom Bund in Aussicht gestellte Hilfe erfasse nach seiner Einschätzung schon die meisten Fälle, aber wohl nicht alle. Deshalb werde man sich als Landesregierung darüber unterhalten, ob man mit einem Härtefallfonds zusätzlich etwas auf den Weg bringen könne. Das gelte auch für andere Branchen.

Im Folgenden begründet Abg. Hölck kurz seinen Antrag zur Tagesordnung, [Umdruck 19/4144](#), sich mit den Schlussfolgerungen der Landesregierung zur aktuellen Tourismussituation in der Coronakrise zu befassen und dazu auch den Tourismusverband Schleswig-Holstein einzuladen.

Die Ausschussmitglieder erklären sich damit einverstanden, auch Frau Homp, Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Schleswig-Holstein, in der Ausschusssitzung dazu zu Wort kommen zu lassen.

Abg. Hölck macht deutlich, dass es ihm insbesondere darum gehe, jetzt nach den zwei Wochenende mit Feiertagen und dem Wiederanlaufen des Tourismus in den Hotspots in Schleswig-Holstein ein Resümee zu ziehen und zu überlegen, welche Konsequenzen man daraus für den anstehenden Sommertourismus im Land ziehen wolle. Festzustellen sei, dass die Ostseebäder die Situation an den beiden Wochenenden teilweise nur schwer in den Griff bekommen und hierzu auch unterschiedliche Maßnahmen ergriffen hätten.

Minister Dr. Buchholz erinnert einleitend an die unterschiedlichen Phasen der Wiedereröffnung des Tourismus im Land, die seit dem 15. März 2020 eingeleitet worden seien. Alle diese Schritte sei man in enger Abstimmung mit dem Hotel- und Gaststättenverband und den Tourismusvertretern im Land gegangen. In diesem Zusammenhang bedanke er sich ausdrücklich noch einmal auch beim Tourismusverband, der beispielsweise bei der Taskforce und vielen anderen gemeinsamen Runden immer ansprechbar gewesen sei und sich mit eingebracht habe. Alle Tourismusverantwortlichen im Land hätten sich in dieser Zeit sehr stark engagiert, sodass man in dieser schwierigen Zeit auch gute und gemeinsam abgestimmte Entscheidungen habe treffen können.

Die Ausschussmitglieder schließen sich diesem Dank an die Tourismusakteure im Land ausdrücklich an.

Minister Dr. Buchholz stellt fest, nach den Öffnungen ab Mitte März 2020 könne konstatiert werden, dass bis heute nichts von den zuvor bestehenden schlimmen Befürchtungen eingetreten sei. Dennoch arbeite man in vielen Bereichen weiter daran, Vorsorge für die Tourismussaison im Sommer zu treffen. So habe man beispielsweise gestern im Kabinett eine Teststrategie beschlossen, in der auch der Tourismus eine große Rolle spielen werde.



Zu der Schlussfolgerung, die man aus den vergangenen Himmelfahrts- und Pfingstwochenenden ziehen könne, gehöre aus seiner Sicht, dass die unterschiedliche Vorgehensweise der Landräte mit ihren Gesundheitsämtern im Land sehr verantwortungsvoll wahrgenommen worden sei. Es gebe Berichte von einzelnen Hotspots, beispielsweise der Buhne 16 auf Sylt oder aus Grömitz, wo es sehr eng gewesen sein solle und die Abstandsregeln nicht eingehalten worden seien. Insgesamt müsse man jedoch feststellen, dass es in den größten Teilen des Landes gelungen sei, die geltenden Regelungen auch einzuhalten, und es sei nichts Größeres vorgefallen. Dass einzelne Gemeinden, zum Beispiel Scharbeutz und Haffkrug, am Pfingstmontag die Zufahrtsstraßen geschlossen hätten, sei eine richtige Maßnahme gewesen, die vorher auch besprochen gewesen sei.

Für die Zukunft, in der gesamten Sommersaison, werde es nicht möglich sein, Betretungsverbote über längere Zeit auszusprechen oder im Einzelfall so viele Ordnungskräfte zusammenzuziehen, dass an allen Tagen alle Hotspots im Land auch abgeriegelt werden könnten. Deshalb gebe es Überlegungen, in digitaler Weise eine Möglichkeit zu schaffen, die Besucherströme zu lenken. Scharbeutz habe vor, ein entsprechendes Angebot zu entwickeln. Es gebe jedoch keine Verpflichtung, so etwas überall im Land einzuführen und zu nutzen. Die Landesregierung werde die Entwicklung einer solchen App mit Fördermitteln unterstützen, in der Hoffnung, dass diese dann möglichst schnell auf den Markt komme und bereits für die Hochsaison genutzt werden könne. Es handele sich um eine Form von Steuerung auf freiwilliger Basis.

Frau Homp, Geschäftsführerin des Tourismusverbandes Schleswig-Holstein, bedankt sich für die Einladung in den Ausschuss. Sie wolle den Dank, den der Minister gerade ausgesprochen habe, auch in Richtung des Ministeriums zurückgeben. Sie habe die zurückliegenden Wochen als eine sehr intensive Zeit empfunden, in der die Zusammenarbeit mit dem Ministerium und auch dem Minister selbst sehr konstruktiv und intensiv gewesen sei. Insofern gebe es wenig Dissens in der Darstellung.

Sie bestätigt, dass die Befürchtungen vor Ort in den Tourismusgemeinden vor den beiden Wochenenden mit Himmelfahrt und Pfingsten sehr groß gewesen seien, insbesondere im Hinblick auf den zu erwartenden Tagestourismus. Deshalb hätte man sich auch ein etwas späteres Anfahren des Tourismus für die Gemeinden gewünscht. Dennoch müsse man sehen, dass das Infektionsgeschehen inzwischen sehr, sehr gering sei und gegen null tendiere, von daher sei diese Entscheidung nachvollziehbar.

Im Mittelpunkt der Überlegungen des Tourismus im Land stehe nach wie vor das Thema Besucherlenkung. Insbesondere der Tagestourismus, der wenig kalkulierbar und planbar sei und vor allem vom Wetter abhängen, bereite großes Kopfzerbrechen. Relativ schnell sei klar gewesen, dass Nordfriesland mit einem Betretungsverbot arbeiten wolle, das mit Unterstützung der Polizei durchgesetzt werden sollte. Dies könne jedoch nicht auf Dauer die Lösung sein. Deshalb habe sich der Tourismusverband für eine digitale Lösung eingesetzt, mit der Besucherströme gelenkt werden könnten. Zur Umsetzung dieser Idee gebe es nun unterschiedliche Ansätze, von der sogenannten Strand-App, die in den letzten Tagen in den Medien sehr präsent gewesen sei bis hin zu anderen Lösungen. Sie plädiere dafür, die Offenheit und Bereitschaft zu haben, die Orte bei den Bemühungen in diese Richtung zu unterstützen, Echtzeitdaten zu den Hotspots im Land zu erheben, wie viele Leute dort aktuell unterwegs seien. Ein Baustein dieser App könne dann auch das sogenannte Strandticket sein, insbesondere für die am stärksten frequentierten Strandabschnitte. Noch gebe es eine solche App nicht, aber wenn jetzt das Geld von der Landesregierung zur Verfügung gestellt werde, werde man versuchen, diese App so schnell wie möglich zu entwickeln und an den Start zu bringen. Allerdings beginne die Hochsaison bereits in zwei Wochen.

Abg. Poersch bedankt sich für die Arbeit des Tourismusverbandes in den letzten Wochen. Insbesondere die 49 Rundbriefe in der Coronazeit hätten viele im Tourismus tätigen und engagierten Personen immer auf den aktuellen Stand gebracht. Sie wisse, wie viel Arbeit darin stecke, die jeweiligen aktuellen Geschehnisse und Neuerungen aufzuarbeiten.

Abg. Poersch fragt nach der Rolle der Landesregierung zur Vereinheitlichung der Vorgehensweisen und Herangehensweisen der Tourismusorte im Land und auch im Hinblick auf die jetzt in Planung befindliche App, die aus ihrer Sicht dann auch das ganze Land abbilden müsse. - Minister Dr. Buchholz antwortet, die Landesregierung werde sich an den Entwicklungskosten für die App in Höhe von 166.000 € beteiligen. Dieses Geld werde aus dem Coronasoforthilfepaket entnommen. Die Landesregierung sei jedoch nicht diejenige, die die App mitentwickle oder vorgebe, wer sie nutzen müsse. Das seien die Tourismusverantwortlichen vor Ort, die darüber entscheiden müssten, ob sie so etwas haben wollten. Wenn das vor Ort angestrebt werde, werde die Landesregierung gerne unterstützend tätig. Bei der Entwicklung der App müsse natürlich vieles beachtet werden, unter anderem wenn es um die sogenannte Strand-App gehe, da die Nutzung des Strandes in Schleswig-Holstein Gemeingebrauch sei und als solches nicht eingeschränkt werden dürfe. Es müsse deshalb eher darum gehen, für den Nutzer der App die Sicherheit zu schaffen: Wenn ich zu diesem Strandabschnitt fahre, dann werde

ich dort einen Bereich haben, der noch nicht so voll ist. Das Land sei deshalb aus seiner Sicht in diesem Bereich nicht als treibende Kraft tätig, sondern eher in einer moderierenden Rolle, allerdings mit dem Anspruch, die Digitalisierung des Tourismus massiv voranzutreiben. Er finde die Überlegung von Scharbeutz, eine solche App zu entwickeln, sehr unterstützenswert und habe das deshalb frühzeitig auch öffentlich ins Gespräch gebracht. Wenn jetzt einzelne Tourismusverantwortliche dies ablehnten, dann sei das so. Es werde wohl wenig Aussicht auf Erfolg haben, wenn man zunächst versuche, alle Verantwortlichen gemeinsam dazu zu bringen, sich an einer solchen App zu beteiligen, er halte es für erfolgversprechender, wenn jetzt einzelne eine entsprechende App entwickelten, die dann später auch von anderen übernommen beziehungsweise der sie sich dann anschließen könnten.

Frau Dr. Homp ergänzt, das Ganze sei sozusagen ein lernender und laufender Prozess. Im Moment gingen Timmendorfer Strand und Scharbeutz sozusagen voran. Man müsse jetzt eine entsprechende App sozusagen als Pilotprojekt initiieren. Diese basiere voraussichtlich erst einmal auf Erfahrungen und Berichte der Strandkorbvermieter, die berufsbedingt einen ganz guten Überblick über die Bevölkerung der Strände hätten. Ziel sei es aber, zukünftig ein Algorithmus zu hinterlegen und mit künstlicher Intelligenz zu arbeiten.

Im Zusammenhang mit Nachfragen von Abg. Dr. Tietze berichtet Minister Dr. Buchholz, die Landesregierung sei in enger Abstimmung mit Dänemark im Hinblick auf die Ausgestaltung des Grenzverkehrs. Allerdings sei das Thema Freizügigkeit innerhalb Europas mit der dänischen Regierung nicht immer einfach zu diskutieren. Dänemark werde auch Thema sein auf der Konferenz der Innenminister am 15. Juni 2020, sodass nach diesem Termin wieder ein normaler Reiseverkehr möglich sein werde. Die weiteren Entwicklungen im Bereich des Jugendtourismus könne er derzeit noch nicht absehen. Er gehe davon aus, dass bundesweit Gespräche über die Lockerungen der Kontaktbeschränkungen erfolgen werden, die dann in der nächsten Woche auch Schleswig-Holstein erreichten. Die Landesregierung werde sich darüber Gedanken machen müssen, inwieweit sie an der Grenze von zehn Personen für Treffen festhalten wolle. Er weise darauf hin, dass die Pandemie durchaus weiter sehr aktiv sei. Das zeigten die sonntags veröffentlichten Zahlen mit den weltweit höchsten Neuinfektionszahlen an einem Tag seit Beginn der Pandemie.

Auch Abg. Jensen bedankt sich beim Tourismusverband für die regelmäßigen Informationen zum Tourismus über seine Rundbriefe in der Coronazeit.

Zur Nachfrage von Abg. Jensen, welche Liquiditätsengpässe im Bereich des Hotel- und Gaststättengewerbes noch bis Ende des Jahres zu erwarten seien, führt Minister Dr. Buchholz aus, festzustellen sei, dass es einzelne Bereiche im Hotel- und Gaststättenbereich gebe, die wieder sehr gut funktionierten, trotz erheblich eingeschränkter Umsätze. Diese lägen im Schnitt deutlich unter 50 % des Vorjahres. Die Überbrückungshilfe des Bundes sei dabei teilweise hilfreich. Allerdings sei die höhenmäßige Begrenzung für viele ein Problem. Ob das zu Insolvenzen in diesem Bereich führen werde, könne er noch nicht absehen. Bislang sei das Land von einer Insolvenzwelle verschont geblieben. Er befürchte aber, dass einige Betriebe im Land die Zeit jetzt nicht überstehen werden. Ziel der Landesregierung sei es, alle Betriebe, die vor der Krise gesund gewesen seien, das Überleben über die Krise hinaus zu ermöglichen. Es stellten sich jetzt zu den Förderprogrammen auch Detailfragen, die noch gelöst werden müssten. Beispielsweise halte er es für ungerecht, dass diejenigen, die zu Beginn den Mittelstandsicherungsfonds mit einem Darlehen nicht in voller Höhe in Anspruch genommen hätten, weil sie zu dem Zeitpunkt noch der Auffassung gewesen seien, dass sie die volle Höhe nicht benötigten, jetzt keinen zweiten Antrag auf die Restsumme stellen könnten, da nur ein Antrag pro Betrieb zulässig sei. Vor dem Hintergrund sei er mit dem Bundeswirtschaftsminister im Gespräch darüber, inwieweit man hier noch eine andere Lösung finden könne.

Frau Dr. Homp ergänzt, das Ergebnis einer aktuellen Umfrage zur Buchungsanfragesituation in den Orten und Regionen verzeichne im Vergleich zum Vorjahr zur gleichen Zeit einen starken Anstieg der Buchungsnachfrage. Allerdings werde ihr immer wieder zurückgespiegelt, dass man hier sehr differenziert betrachten müsse. So könne man pauschal sagen, in den Urlaub-Hotspots laufe es jetzt sehr gut, im ländlichen Bereich gebe es bis zu 60 % Rückgänge bei den Buchungen, insbesondere in der Gastronomie, die sich auf Familienfeiern spezialisiert habe. Auch der Städtetourismus leide extrem unter dieser Krise. Vor dem Hintergrund sei es schwer einzuschätzen, zu wie vielen Insolvenzen es im Land kommen werde. Alle Akteure müssen weiter sehr flexibel sein, das gelte auch für das Land und den Bund, die bereit sein müssten, auch Ausnahmefälle zu sehen und für sie Unterstützungsmöglichkeiten zu suchen. Es gehe darum, auch einzelne Segmente zu betrachten, und für diese individuelle und flexible Lösungen zu finden. Die drei Themen dabei lauteten aus ihrer Sicht: retten, stabilisieren und investieren. Sie appelliere auch daran, im Bereich des Tourismus die Investitionen, die für die Kommunen eine freiwillige Aufgabe darstellten, weiter fortzusetzen. Die Investitionen seien wichtig, um langfristig wettbewerbsfähig zu bleiben. Auch im Bereich der GAW-Mittel müsse der Tourismus noch stärker in den Fokus genommen werden. Dazu gehöre, die Next-Generation-Programme bei der EU als Chance zu betrachten, die touristische Infrastruktur wieder in Fördertatbestände hineinzubekommen. Darüber hinaus werde man sich morgen mit dem

Thema Tourismusstrategie für das Land beschäftigen. Hier müsse geschaut werden, welche Themen durch die Pandemie jetzt vielleicht auch eine neue Priorität erhalten hätten: Digitalisierung, nachhaltige Mobilität und Krisenresilienz insgesamt für das Land Schleswig-Holstein. Das müsse der Schwerpunkt für die nächsten Monate sein.

Im Zusammenhang mit Nachfragen von Abg. Waldinger-Thiering zur Nachhaltigkeit der jetzt zu entwickelnden App erklärt Frau Dr. Homp, für sie sei eine zentrale Voraussetzung, dass diese App nicht nur für diesen Sommer funktioniere und entwickelt werde, sondern auch darüber hinaus weiter nutzbar sei.

Zum Thema Ausbildungsplätze im Tourismusbereich habe sie keinen aktuellen Überblick. Auch sie höre, dass manche Hotels sagten, das sei derzeit schwierig.

Die von Abg. Waldinger-Thiering ebenfalls angesprochene Mehrwertsteuersenkung, die vom Bundestag beschlossen worden sei, halte sie für die Gastronomie sehr schwierig in der Umsetzung. Sie verstehe, dass das gut gemeint gewesen sei, aber das werde in der Umsetzung extrem schwierig werden. Alle Kassensysteme müssten jetzt umgestellt werden und dann nach ein paar Monaten wieder zurück. Das werde eine große Herausforderung für die Betriebe. - Minister Dr. Buchholz ergänzt, auch wenn man über die Sinnhaftigkeit der Frage, warum in der Gastronomie für Speisen ein anderer Mehrwertsteuersatz gelte als für Getränke, generell streiten könne und die Umstellungskosten insgesamt für eine zeitlich befristete Mehrwertsteuerabsenkung fragwürdig seien, wolle er nicht verhehlen, dass er durchaus einen psychologischen Aspekt der Mehrwertsteuerabsenkung sehe. Ob die sich versprochene Wirkung dann jedoch auch eintrete, sei zweifelhaft. Auch er sehe, dass das für die Gastronomie eine sehr große Herausforderung darstelle.

Abg. Poersch fragt noch einmal nach, ob sich nicht auch die Landesregierung in der Pflicht sehe, etwas zur Entzerrung der Tourismusströme im Land über kommunale Grenzen hinaus beizutragen, beantwortet Minister Dr. Buchholz dahingehend, die Landesregierung stelle sich dieser Herausforderung, denn sie koordiniere und moderiere die Gespräche im Zusammenhang mit der jetzt anvisierten App und fördere diese auch in ihrer Entwicklung. Es gebe jedoch keinen zentralisierten Tourismus im Land und man werde landseitig auch keine Lenkung des Tourismus dahingehend vornehmen, dass man bestimmten Orten empfehle, bestimmte Maßnahmen zu ergreifen. Deshalb werbe das Land dafür, auch digitale Mittel einzusetzen. Wichtig

für das Funktionieren der App sei eine Akzeptanz der Tourismusverantwortlichen, diese könne nicht durch das Land vorgegeben werden.

Auch Abg. Kilian schließt sich dem Dank an den Tourismusverband zu seiner Informationspolitik über die Homepage in der Coronakrise an. Er fragt, ob bekannt sei, dass Vermittlungsplattformen einer der Profiteure dieser Krise gewesen seien. - Frau Dr. Homp erklärt, dazu könne sie nichts sagen. - Minister Dr. Buchholz erklärt, dem werde er gern einmal nachgehen.

Der Ausschuss schließt damit seine Beratungen zu dem Tagesordnungspunkt ab.

## **2. Bericht des Ministeriums für Wirtschaft, Verkehr, Arbeit, Technologie und Tourismus zum aktuellen Sachstand zu den Coronahilfen und den Förderprogrammen des Landes**

Minister Dr. Buchholz informiert über den aktuellen Auszahlungsstand, der Soforthilfe I, des Mittelstandsicherungsfonds und der Soforthilfe II und kündigt an, dem Ausschuss die Zahlen auch noch einmal schriftlich zur Verfügung zu stellen ([Umdruck 19/4172](#) (neu - 2. Fassung)).

Er berichtet, dass die Investitionsbank allein nicht mehr die Auszahlung der Hilfen bewerkstelligen könne. Deshalb sei sie zurzeit dabei, sich nach zusätzlichem Personal und Dienstleistern umzusehen, das bei der Abwicklung des Überbrückungshilfeprogramms unterstützen könne. Derzeit lägen allerdings zu diesem neuen Programm des Bundes noch keine Eckpunkte vor. Es sei nachvollziehbar, dass die Bundesregierung jetzt bei diesem Anschlussprogramm eine intensivere Prüfung der Anträge vorsehe. Diese Prüfungen würden zusätzliche Zeit in Anspruch nehmen. Deshalb werde man voraussichtlich nicht dazu in der Lage sein, Auszahlungen vor Ende Juli durchzuführen. Dieses Programm sei insgesamt sehr viel komplexer in Bezug auf die Prüfungsvoraussetzungen als die Vorgängerprogramme. Wenn Betriebe bis dahin eine Überbrückungshilfe benötigten, müssten sich diese mit ihrer Hausbank in Verbindung setzen.

Minister Dr. Buchholz berichtet weiter über das neue Förderprogramm des Landes zur Startup-Unterstützung. Im Rahmen dieses Programmes seien 15 Millionen €, die der Bund zur Verfügung gestellt habe, an die mittelständische Beteiligungsgesellschaft weitergeleitet worden, die damit Startups unterstützen solle, indem sie sich durch eine stille Gesellschaftsbeteiligung an Startups beteilige. 70 % des Risikos trage dabei die KfW, 10 % die Mittelständische Beteiligungsgesellschaft, und das Land übernehme die restlichen 20 %.

### 3. **Misstände in der Paketbranche beseitigen**

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1444](#)

(überwiesen am 16. Mai 2019 an den **Wirtschaftsausschuss** und den Sozialausschuss)

#### **Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Misständen schützen**

Alternativantrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP

[Drucksache 19/1481](#)

hierzu: [Umdrucke 19/2679](#), [19/2680](#), [19/2681](#), [19/2689](#), [19/2690](#),  
[19/2703](#), [19/2718](#), [19/2737](#), [19/2738](#), [19/2746](#),  
[19/2754](#), [19/2764](#), [19/2766](#), [19/2768](#), [19/2775](#),  
[19/2776](#)

Der Ausschuss schließt seine Beratungen zu den Vorlagen ab.

Mit Zustimmung des Antragstellers empfiehlt der Ausschuss vorbehaltlich des Votums des beteiligten Sozialausschusses dem Landtag einstimmig, den Antrag der Fraktion der SPD, Misstände in der Paketbranche beseitigen, [Drucksache 19/1444](#), für erledigt zu erklären.

Einstimmig empfehlen die Ausschussmitglieder - ebenfalls vorbehaltlich des Votums des beteiligten Sozialausschusses - dem Landtag die Annahme des Antrags der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP, Soziale Marktwirtschaft sichern, vor sozialen Misständen schützen, [Drucksache 19/1481](#).



#### **4. Landesweit kostenloses freies WLAN**

Antrag der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 19/2041](#)

(überwiesen am 8. Mai 2020)

Die Ausschussmitglieder schließen die Beratungen zu dieser Vorlage ab.

Abg. Kilian bedankt sich beim SSW für diesen Vorstoß und die Bereitschaft, sich an dem Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen, [Umdruck 19/165](#), zu beteiligen.

In der anschließenden Abstimmung wird der von den Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und den Abgeordneten des SSW im Rahmen der Ausschussbefassung vorgelegten Änderungsantrag, [Umdruck 19/4165](#), einstimmig angenommen.

Einstimmig empfehlen die Ausschussmitglieder dem Landtag dementsprechend, den Antrag der Abgeordneten des SSW, Landesweit kostenloses freies WLAN, [Drucksache 19/2041](#), in der so geänderten Fassung zur Annahme.

## 5. Neun-Punkte-Plan für eine gute Zukunft der Metropolregion

Antrag der Fraktion der SPD

[Drucksache 19/1931](#)

(überwiesen am 23. Januar 2020 an den Ausschuss für die Zusammenarbeit der Länder Schleswig-Holstein und Hamburg, den Innen- und Rechtsausschuss, den Wirtschaftsausschuss, den Europaausschuss und den Bildungsausschuss)

hierzu: Ergebnisse der OECD-Analyse der Metropolregion Hamburg, Bericht der Landesregierung, [Drucksache 19/2191](#)

Die Ausschussmitglieder kommen überein, in ihrer nächsten Sitzung am gemeinsamen Tagesordnungspunkt über den Antrag der Fraktion der SPD, [Drucksache 19/1931](#), und den Bericht der Landesregierung zu den Ergebnissen der OECD-Analyse der Metropolregion Hamburg, [Drucksache 19/2191](#), zu beraten.

## 6. Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Dr. Tietze, weist darauf hin, dass der Abgeordnete Flemming Meyer vom SSW angekündigt habe, zum 1. August 2020 sein Mandat niederzulegen. Er bittet seine Kollegin, Abgeordnete Waldinger-Thiering, ihm den Dank des Ausschusses für seine langjährige Zusammenarbeit auszurichten.

Er schließt die Sitzung um 12:25 Uhr.

gez. Dr. Andreas Tietze  
Vorsitzender

gez. Dörte Schönfelder  
Geschäfts- und Protokollführerin